

rade eben vor der nächsten Plünderung unserer Sozialkassen geschützt haben. Erst schelten, dann beschwören – wie doppelzünftig ist Ihre Partei, und wie undifferenziert ist Ihr Weltbild.

Bleiben Sie gute Bürgermeister, bleiben Sie anständige Landräte; wir kümmern uns darum, unser Vaterland vor US-Sanktionismus und vor Ihrer Großmannssucht zu bewahren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Böhm. – Damit kommt der nächste Redner ans Pult; es ist Herr Vizepräsident Rinderspacher. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangslage vor dem heutigen Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz beim russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin war denkbar schwierig. Die Zeitungen titelten noch vor 24 Stunden, es würde einen Krieg inmitten von Europa geben, die russischen Truppen seien einmarschbereit – 120.000 Soldaten unmittelbar an den Außengrenzen der Ukraine –, die Invasion würde möglicherweise von drei Seiten stattfinden, von Norden, von Osten und von Süden, und die Lage sei ausgesprochen bedrückend. Die Kriegsgefahr ist real. Es wurde darauf hingewiesen – das hat auch unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer bemerkenswerten Antrittsrede am Sonntag so formuliert.

Wie ist die Lage jetzt? – Die Pressekonferenz von Bundeskanzler Olaf Scholz liegt gerade knapp 15, 18, 20 Minuten zurück, und wir erfahren erste Entspannungssignale aus Moskau. Der russische Präsident hat angekündigt, dass es morgen keine Invasion geben werde. Er hat angekündigt, dass er dazu bereit ist – ich zitiere –, den Weg der Verhandlungen zu gehen, und er hat einen Teilrückzug von russischen Truppen angekündigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die allerwenigsten von uns und auch in der bundesdeutschen Publizistik hätten das für möglich gehalten. Es gibt erste Entspannungssignale, Signale der Deeskalation in einer Situation, die wir selbst noch vor 24 Stunden für ausgesprochen bedrückend gehalten haben. Diese Bedrückung bleibt; denn wir wissen natürlich nicht, ob es am Ende eine schöne Floskel in einer Pressekonferenz mit einem westeuropäischen Staatsmann war oder ob am Ende das alles tatsächlich umgesetzt wird, was heute öffentlich verkündet wurde.

Für mich steht fest: Die vielen Gespräche der letzten Wochen und Monate haben sich nun ausgezahlt. Manche haben gefordert, es möge vom deutschen Bundeskanzler klarere Ansagen geben; manche haben auch schöne Artikel geschrieben in der "Frankfurter Allgemeine Zeitung", übrigens auch Landespolitiker an der Spitze unseres Freistaates Bayern. Es gab Kritik an der Bundesregierung, sie sei zu zögerlich, sie sei nicht klar genug. Dabei weiß jeder, auch hier im Hohen Haus, dass es eine Fülle von diplomatischen Gesprächen gegeben hat: mit der OSZE, mit Präsident Biden in den Vereinigten Staaten von Amerika, im Zuge des Weimarer Dreiecks mit dem polnischen, aber auch mit dem französischen Staatspräsidenten. Es gab Gespräche zur Vorbereitung des heutigen Tages in Hülle und Fülle. Das Ergebnis des heutigen Tages ist: Es wird Verhandlungen geben, es wird einen Teilrückzug von russischen Truppen geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein großer diplomatischer Erfolg der deutschen Bundesregierung, von Bundeskanzler Olaf Scholz und von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock.

(Beifall)

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Aggression gegenwärtig von Russland ausgeht. Das haben alle Redner vor mir auch so formuliert. Es kann aber genauso wenig einen Zweifel daran geben, dass eine perspektivische Sicherheitsarchitektur auf dem europäischen Kontinent ohne die Russische Föderation nicht möglich sein wird.

Es ist jetzt deshalb zum einen nötig, klarzumachen: Es darf keinen Krieg geben. Dieser Krieg wäre – auch vom Aggressor selbst – mit einem hohen Preis zu bezahlen. Es muss für den gesamten europäischen Kontinent aber die Perspektive geben, dass die Sicherheitsinteressen – beispielsweise Polens, des Baltikums oder Finnlands – gewahrt sind.

Jeder weiß, dass eine stabile Sicherheitsarchitektur ohne einen Beitrag Moskaus nicht möglich ist. Kein weltpolitisches Thema – auch nicht im Nahen Osten – ist gegenwärtig ohne Gespräche mit Putin lösbar. Die bundesdeutsche Publizistik hat das manchmal missverständlich formuliert. Es heißt dann schnell, das seien Russlandversteher. Das eine schließt aber das andere nicht aus: Klarzumachen, dass es keinen Krieg geben darf, und dass dieser, wenn doch, einen hohen Preis für den Aggressor zur Folge haben wird, aber eben auch die Notwendigkeit, aufeinander zuzugehen und die berechtigten Sicherheitsinteressen auch zur Sprache zu bringen.

Wir als – geografisch gesehen – Mittelmacht in Europa haben eine besondere Verantwortung gegenüber den Völkern östlich unserer Grenze. Das gilt – das ist deutlich geworden – für die Ukraine. Das gilt auch für Russland. Deshalb ist der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg richtig, jetzt diplomatische Gespräche zu führen. Der erste Erfolg ist gezeitigt. Weitere Erfolge werden hoffentlich kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Vizepräsident, vielen Dank für Ihre Rede. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Martin Hagen von der FDP aufrufen. Herr Abgeordneter Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Präsident, meine Damen und Herren! Die Ukraine sieht sich derzeit einer Invasionsstreitmacht von über 100.000 russischen Soldaten direkt an ihren Grenzen gegenüber. Wir erinnern uns an die Historie: 2014 die Invasion der Krim; der seitdem herrschende Krieg in der Ostukraine; einige Jahre zuvor, bereits im Jahre 2008, der Überfall Russlands auf die georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien. – Das heißt, die Angst der Ukraine vor einer russischen Invasion ist nicht einer Paranoia geschuldet, sondern hat sehr gute Gründe.

Ich war am Sonntag bei der Wiederwahl des Bundespräsidenten in Berlin. Ich glaube, er hat am Sonntag die stärkste, gleichzeitig die wichtigste Rede seiner Präsidentschaft gehalten. Seine Worte waren direkt an den russischen Präsidenten Putin gerichtet: Er möge die Schlinge um den Hals der Ukraine lösen. – Das waren wichtige Worte, Worte, die einem deutschen Staatsoberhaupt sehr angemessen waren.

Ganz und gar unangemessen ist hingegen das, was wir leider regelmäßig von einem deutschen Altkanzler hören. Das ist ein deutscher Altkanzler, der sich, seitdem er nicht mehr Kanzler ist, als Lobbyist russischer Interessen verdingt. Er hat vom Säbelrasseln der Ukraine gegenüber Russland gesprochen. – Meine Damen und Herren, es ist kein Säbelrasseln, wenn ein Land auf seiner territorialen Integrität beharrt; wenn ein Land erklärt, es werde sich im Falle eines Angriffs verteidigen. Das ist kein Säbelrasseln, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit.